



**Cornelia Stamm Hurter** Neue Schaffhauser Regierungsrätin. Von Edgar Schuler

## Die bessere politische Hälfte

Jedes Amt im Kanton, sagt man in Schaffhausen, landet früher oder später im Ehebett von Cornelia Stamm Hurter und Thomas Hurter. Der böse Spruch war nie wahrer als am Sonntag, als die SVP-Politikerin in den Regierungsrat gewählt wurde - exakt am Hochzeitstag der beiden. Damit sind zwei der höchsten Amtsträger des Kantons an derselben Adresse im Villenquartier Schaffhausens zu finden. Thomas Hurter ist seit 2007 Nationalrat, ebenfalls für die SVP. Bisher sass Cornelia Stamm Hurter im Stadtparlament und im Bürgererrat, und noch ist sie Oberrichterin. Thomas Hurter war Kantonsrat, während acht Jahren sogar gleichzeitig zu seinem Nationalratsmandat. Beide sind zudem im Automobil-Club engagiert: er als Schweizer Zentralpräsident, sie als Vizepräsidentin der Schaffhauser Sektion.

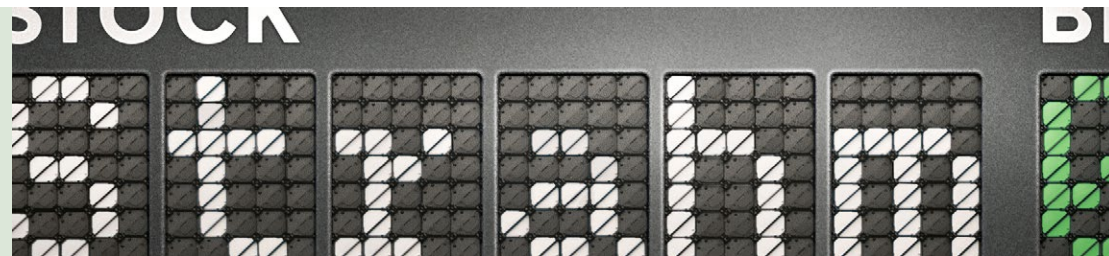
Dabei gilt die 55-jährige Juristin mit Dokortitel und Rechtsanwaltspatent als das wahre politische Gehirn dieser Ehe. Sie war schon in der SVP aktiv, als sie den ein Jahr jüngeren Militär- und Linienspiloten Thomas Hurter heiratete. Von 1996 bis 2014 sass sie als Vizepräsidentin in der nationalen Parteileitung - also während der beispiellosen Wachstumsphase der SVP. Ihr Mann trat nach ihr in die Partei ein. Wenn er nicht aus dem Aargau zu ihr ins übersichtliche Schaffhausen gezogen wäre, hätte er kaum einen so steilen politischen Aufstieg hinlegen können - bis hin zur Bundesratskandidatur 2015, die aber wegen seines ungeschickten Lavierens und seiner mangelnden Linientreue früh ausfranzte.

Das Paar bekam zwei Kinder, und Cornelia Stamm Hurter konzentrierte sich auf den Beruf. Neben ihrem Pensum am Obergericht ist sie nebenamtliche Bundesrichterin. Unterstanden sind die Töchter übers Teenageralter hinausgewachsen. Die Konstellation war günstig für die Mutter, um ein Regierungsamt anzustreben.

Dabei zeigte sich Stamm Hurter geschmeidig. Sie hängte auch Plakate ohne SVP-Sünneli auf und kokettierte mit ihrem Hobby, dem Christbaumschmücken. Über tausend Kugeln, Sterne und Figürchen hängt sie jedes Jahr während fünfzehn Stunden an die Äste, gern auch vor den Kameraaugen der «Schweizer Illustrierten». Die SVP-Frau liess aber nie einen Zweifel daran, dass sie in der Regierung einen stramm bürgerlichen Kurs fahren wird. Tiefere Steuern waren ihr zentrales Wahlkampfthema.

Die Sozialdemokraten, die der Übermacht von SVP und FDP schon lange einen zweiten Regierungssitz abjagen wollen, hatten kein besseres Rezept, als der Gegenkandidat das politische Engagement ihres Ehemanns vorzuwerfen. Ein Regierungssitz für Stamm Hurter wäre «der nächste Schritt in eine quasi-feudale Herrschaft», unkte der SP-Präsident.

Die Schaffhauserinnen und Schaffhauser beeindruckte das nicht. Sie gaben Cornelia Stamm Hutter fast doppelt so viele Stimmen wie der SP-Kandidatin.



**Kolumne** Rudolf Strahm

## Wir müssen von Flüchtlingen mehr fordern

Am Rande der Ortschaft Lyss im bernischen Seeland wird in ehemaligen Werksgebäuden ein Zentrum für Flüchtlinge geführt. Es gehört zu sieben Asylzentren, die von Trägergemeinden im Seeland und der Stadt Biel geführt werden. Jede neu ankommende Asylperson wird gleich am Tag nach der Ankunft einer Putzquiepe zugeteilt. Zwei bis drei Monate lang. Diese Arbeitserfahrung ist nicht bloss dazu da, die Arbeitskultur vorzuzeigen. Nein, die Arbeitserfahrung dient zugleich der individuellen Beurteilung und Potenzialabklärung: Was kann diese Asylperson? Was strebt sie an? Wie steht es mit der Lernfähigkeit und Lernbereitschaft?

Nach längstens drei Monaten wird individuell und massgeschneidert ein Programm für Arbeitseinsätze im Zentrum, in der Gemeinde oder bei Landwirten sowie ein Plan für den Unterricht vereinbart. Der entscheidende Lerneffekt besteht in der Vermittlung hiesiger Werte: In der Schweiz wird gearbeitet, und der Aufenthalt müsste selber bestritten werden.

Jedes Werkzeug, jeder Apparat, jeder Besen in diesem Zentrum ist gut sichtbar auf Deutsch angeschrieben. Die Zentrumsleiter beteuern, dass die Asylpersonen auf diese Art mehr und rascher Deutsch lernen als nur im Klassenzimmer, zumal viele aus bildungsungehobenen Schichten stammen. Deutschunterricht gibt es auch, aber der Kanton Bern vergütet nur noch zwei Wochenstunden.

Solche vorbildlichen Integrationsanstrengungen von Gemeinden und Institutionen gibt es mancherorts. Aber von den derzeit etwa 66 000 Personen im Asylprozess und den 30 000 anerkannten Flüchtlingen ist bloss eine Minderheit in einer festen Arbeitsstruktur integriert. Tausende junge, gesunde Männer langweilen sich ohne feste Struktur in Asylzentren. Für viele durchaus wohlwollende Bürger ist es unerträglich, wie junge Männer werktags in den Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen untätig herumhängen.

Wohl ist etwa jede zehnte Asylperson ausserordentlich strebsam, lernbegierig und erwirbt erstaunlich schnell die Landessprache. Solche Erfolgreiche werden dann rasch zu den von Medienleuten bevorzugten Vorzeigemigranten. Doch sie sind eine Minderheit.

### Arbeitsintegration ist gescheitert

Seit 2010 erlebten wir mehrheitlich einen Typus von Armutsflüchtlingen aus bildungsfernen Schichten Afrikas und Asiens, die keine Arbeitserfahrung in einer betrieblichen Struktur mitbringen. Sie sind im Durchschnitt frühestens drei bis vier Jahre nach Ankunft bestenfalls zu einer niederschweligen Vorlehre befähigt. Der Privatsektor bietet ihnen selten Arbeit.

In offiziellen Zahlen heisst dies Folgendes: Heute sind 88 Prozent aller Personen im Asylbereich Empfänger von Sozialhilfe! Von den anerkannten Flüchtlingen (Ausweis B) sind im fünften Jahr nach ihrer Ankunft in der Schweiz nur gerade 30 Prozent im Arbeitsprozess, meist in Stellen, die einen Zuschuss der Sozialhilfe erfordern. Von den vorläufig Aufgenommenen VA (Ausweis F) sind im siebten Jahr nach Ankunft bloss 47 Prozent in einem (Teilzeit-)Erwerb. Allerdings sind die Unterschiede von Kanton zu Kanton beträchtlich.

Die bisherige Integrationspraxis ist gescheitert und ruft nach einem Strategiewechsel:

● Erstens muss in Zukunft idealerweise der Standard gelten: Wer in die Schweiz flüchtet und eine Bleibeperspektive aufweist, muss spätestens nach einer Woche in ein Arbeits- und Beschäftigungsprogramm integriert werden. Notfalls in geschützten Arbeitsplätzen. Solche Programme kann nicht der Bund bereitstellen. Doch in den kommunalen Werkhöfen, in öffentlichen Einrichtungen, Heimen, in der Quartierreinigung, im Landschaftsunterhalt, im Recycling geht die Arbeit nicht aus. Die zuständigen Gemeinde- und Kantonsangestellten müssen für die Betreuung einen Bonus erhalten. Privatbetriebe brauchen

einen finanziellen Anreiz für Praktikanten in geschützten Arbeitsplätzen.

● Zweitens müssen wir das hehre Prinzip «Bildung vor Arbeit» überdenken. Dies ist ein intellektuelles Top-Down-Konzept unserer Bildungselite, aber bei schulschwachen, bildungsfernen Asylpersonen in der Praxis untauglich. Ich gestehe, dass ich in meinem langen Engagement für die Berufslehre meine Ansichten auch dieser Realität anpassen musste. In der ersten Phase muss es vielmehr «Arbeiten mit Bildung» heissen. ● Drittens muss jede Asylperson im Aufenthaltskanton verbindlich einer Coaching-Person zur Arbeitsvermittlung zugeteilt werden. Heute werden Asylbewerber oft von Zentrum zu Zentrum geschoben und dort von wechselnden Sozialarbeitern betreut, die keinen Bezug zum Arbeitsmarkt haben und in der Arbeitsvermittlung nicht ausgebildet sind.

Ich weiss, für ideell Gesinnte - die politisch das Rückgrat der humanitären Asylpraxis sind - tönt eine strengere Integrationspraxis befremdlich. Doch gerade sie müssten Interesse an einer erfolgreicherer Arbeitsmarktintegration haben.

### Mehr fordern bei der Integration

Wer sich mit der Migrationsproblematik verantwortungsbewusst beschäftigt, muss das Buch des Berliner Soziologen Ruud Koopmans zur Kenntnis nehmen. Er zeigt in einem langjährigen Ländervergleich auf: Ausgerechnet jene Länder, die die grösste multikulturelle Toleranz und höchste Sozialleistungen gewährten - etwa Holland, Schweden, Wallonisch-Belgien -, haben heute die schlechteste Integration mit den höchsten Arbeitslosenquoten und den gefährlichsten Parallelgesellschaften von Ausländern. Integration ohne eine Strategie des Forderns scheitert. (Ruud Koopmans: «Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration».)

Die politische Quittung der mangelnden Arbeitsintegration wird folgen. Der Bund zahlt nämlich den Kantonen die Asylsozialhilfe nur für fünf respektive sieben Jahre. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe Skos warnt seit langem vor einer finanziellen Zeitbombe. Im Kanton Zürich haben zwei Drittel der Stimmberechtigten der Senkung der Sozialhilfe zugestimmt. Im Kanton Bern wurde ein Kredit für die Ausbildung von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern UMA vom Volk leider abgeschmettert.

Die Konferenz der Kantonsregierungen rechnet vor, dass die Integrationsmassnahmen für Sprachausbildung, Berufsvorbereitung und Coaching im Durchschnitt 18 000 Franken pro Asylperson und Jahr kosten. Heute zahlt der Bund bloss einmalig 6000 Franken. Der Bund muss mehr Integrationskosten übernehmen. Dafür muss er den Kantonen auch strengere Vorgaben für die Beschäftigungs- und Arbeitsprogramme in den Gemeinden machen.

Es braucht einen Strategiewechsel in der Integrationspolitik: mehr Pflichten mit Sanktionsmöglichkeiten für Flüchtlinge, mehr Pflichten und Anreize für Gemeinden und Kantone. Diese Langfristaufgabe kann man nicht administrativ lösen. Es braucht ein politisches Projekt mit einer landesweiten Debatte. Die Kosten der Unterlassung werden ein Vielfaches höher sein.

## «Es braucht einen Strategiewechsel bei der Integration.»



**Rudolf Strahm**

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

**Papst** Der Pontifex befindet sich in Burma auf einer schwierigen Mission. Von Michael Meier

## Enttäuscht Franziskus?

Seit Sonntag absolviert Franziskus einen Pastoralbesuch im buddhistischen Burma und anschliessend im islamischen Bangladesch. Der Papst hat schon viele arme und instabile Länder der globalen Peripherie besucht. Doch die zweitlängste seiner bisher 21 Auslandreisen dürfte eine der schwierigsten werden.

Schwierig, weil er das Wort vermeiden soll, das die Weltöffentlichkeit von ihm selbstverständlich erwartet: Rohingya. Die Bischöfe von Burma haben es für die Dauer seiner Reise zum Tabuwort erklärt: «Wir haben ihm gesagt, dass das Wort Rohingya im Land immer noch ein sensibler Punkt ist und daher während der Reise besser nicht benutzt wird.» Der Papst solle von «Muslimen aus der Provinz Rakhine» sprechen. Wird Franziskus dem bischöflichen Verdikt folgen? Im offiziellen, vom Vatikan erstellten Besuchsprogramm ist die verfolgte muslimische Minderheit überhaupt nicht erwähnt. Rund eine halbe Million Rohingya sind ins Nachbarland Bangladesch geflohen.

### Kein Abstecher in die Krisenregion

Weder ist ein Abstecher in die Krisenregion Rakhine noch ein Treffen mit den geflüchteten Rohingya in Bangladesch traktandiert. Erst in letzter Minute gab der Vatikan bekannt, dass bei einem interreligiösen Treffen in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka am 1. Dezember auch eine kleine Gruppe Rohingya dabei sein wird.

Einzelne Bischöfe Bangladeschs schlagen beherztere Töne an als ihre Kollegen in Burma. Moses Costa, der Erzbischof von Chittagong, wo sich die geflüchteten Rohingya aufhalten, ist überzeugt, dass Franziskus das Thema während der Visite ansprechen wird: «Ich weiss, dass er nicht ohne ein Wort wieder weggehen kann.» Es sei schlicht nicht vorstellbar, dass der Papst mit seiner Empathie für Minderheiten diese links liegen lasse. Im März hatte er als einer der ersten internationalen Autoritäten die Gewaltexzesse des Militärs in Burma gegen die Rohingya verurteilt und sich wiederholt mit den wegen ihres Glaubens drangsalierten Muslimen solidarisiert.

Die Südasien-Visite verlangt vom Papst einen diplomatischen Balanceakt sondergleichen. Er wird privat Armeegeneral Min Aung Hlaing treffen. Und heute auch De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Zweimal hatte er die Friedensnobelpreisträgerin im Vatikan empfangen - als Zeichen seiner Wertschätzung. Doch gilt diese noch immer und uneingeschränkt? Oder wird er ihr ins Gewissen reden, nachdem sie für die jüngsten Wellen der Gewalt «Terroristen» verantwortlich gemacht und von einem «Eisberg an Falschinformationen» gesprochen hat? Eher nicht.

Franziskus' Gewährsmann in Burma ist Erzbischof Charles Maung Bo von Rangun. Wegen seiner anwaltschaftlichen Rolle für religiöse Minderheiten hat er ihn 2015 zum Kardinal erhoben. Bo setzt sich vor allem für die von extremistischen Buddhisten und Islamisten bedrängte christliche Minderheit ein, die in Burma nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung ausmacht.

### Nur Lob für Aung San Suu Kyi

Zwar verurteilte Bo die Gewalt der Armee gegen die muslimische Minderheit nach den Angriffen von Rohingya-Rebellen auf Polizeistationen Mitte August. Doch den «globalen Aufschrei» gegen Aung San Suu Kyi hält er für unangebracht. Er verteidigte ihren zögerlichen Umgang mit der Krise in Rakhine und lobte ihren Einsatz für die Demokratie - wie die meisten Christen in Burma. Die katholische Bischofskonferenz in Pakistan hatte Aung San Suu Kyi demgegenüber dezidiert aufgefordert, den Rohingya endlich mehr Rechte zu gewähren.

Von seinen Prinzipien her müsste Papst Franziskus die Buddhisten ermahnen, ihrer Rolle als Friedensnobelpreisträgerin gerecht zu werden und sich auf die Seite der geschundenen Muslime zu schlagen. Wahrscheinlicher ist, dass er Aung San Suu Kyi ganz allgemein ermutigen wird. Auch für das von ihr mitgetragene Rückführungsprogramm der Rohingya nach Burma. Zugleich aber muss er deutlich genug die Rechte der muslimischen Minderheit einklagen.

Alles andere wäre eine Enttäuschung und würde nicht zu diesem Papst passen.